



AUSWERTUNG UMFRAGE ZUR ENERGIEPOLITIK IM OBERBA- SELBIET

07.02.2025

1. AUSGANGSLAGE

Spätestens seit den grossen Klimastreiks 2019 ist das Thema Umwelt- und Klimaschutz in der Politik unübersehbar geworden. Der Klimawandel führt zu weltweit steigenden Durchschnittstemperaturen, schmelzenden Eismassen, tauendem Permafrost und bringt Ökosysteme aus dem Gleichgewicht.¹ Durch das grössere Bewusstsein für den Handlungsbedarf haben auch die Energiewende und damit verbundene Massnahmen Aufschwung erhalten.

Im Kanton Baselland wurde 2024 die Klimastrategie verabschiedet und das kantonale Energiegesetz an der Volksabstimmung angenommen. Damit hat der Kanton erste Schritte zu einer zukunftsfähigen, grünen Energiepolitik in die Wege geleitet. Gleichzeitig ist die zeitliche Umsetzung der Energiewende zu knapp berechnet: Eine Studie der ZHAW zeigt deutlich auf, dass die Schweiz die CO₂-Emissionen nicht erst bis 2050, sondern eigentlich schon bis 2035 erreichen muss.² Die Erreichung dieser wissenschaftlich abgestützter Ziele muss aber im Sinne der Bevölkerung und sozial gerecht passieren.

Es gibt noch viel Handlungsbedarf bezüglich der Förderung von erneuerbaren Energien. Damit die SP Sissach und Umgebung auch in Zukunft die richtigen Massnahmen beim Thema Energie ergreift, haben wir bei der Bevölkerung im Oberbaselbiet nachgefragt: Wo drückt der Schuh bei der Umsetzung der Energiepolitik? Die Einladung zur Teilnahme wurde in der Begegnungszone in Sissach und in Briefkästen in einzelnen Oberbaselbieter Gemeinden verteilt, sowie online auf den sozialen Medien verbreitet. Sie konnte auf Papier oder online ausgefüllt werden. Berücksichtigt wurden Einsendungen bis am 24. Januar 2025. Insgesamt haben 80 Personen an der Umfrage teilgenommen. Das ist sehr erfreulich!

¹ Meteo Schweiz: <https://www.meteoschweiz.admin.ch/klima/klimawandel.html>

² Rohrer, Jürg (2022): Das Schweizer Klimaziel unter der Lupe (vgl. <https://doi.org/10.21256/zhaw-2434>)

2. AUSWERTUNG

2.1 TEILNEHMENDE

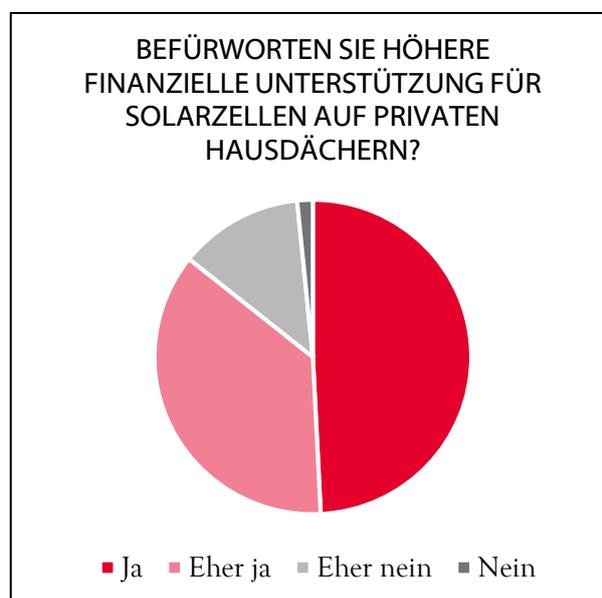
Die Energie-Umfrage wurde von 83 Personen ausgefüllt, davon haben 63 online teilgenommen und 20 einen ausgefüllten Talon zurückgeschickt. 22 Teilnehmer:innen leben in Sissach, 11 in Gelterkinden, je 7 in Zunzgen, Thürnen und Buckten, sowie 6 in Böckten. Aus weiteren kleinen Gemeinden des Oberbaselbiets kommen weitere 18 Teilnahmen dazu. Zwei Personen haben von ausserhalb des Kantons teilgenommen.

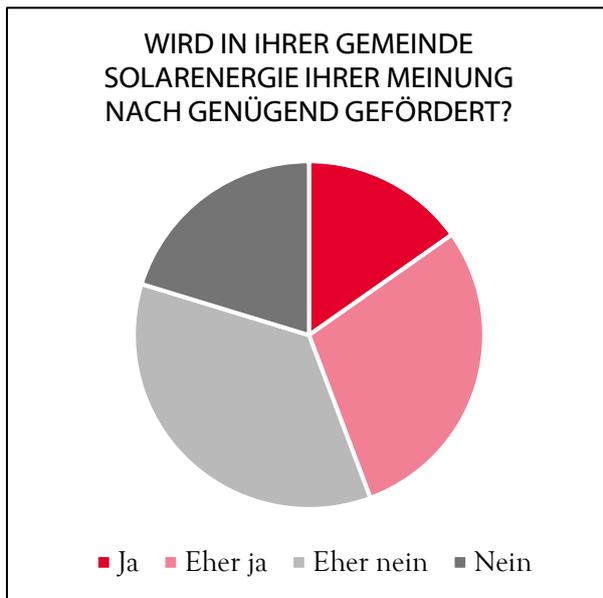
2.2 HALTUNG ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN



In der ersten Frage beurteilen Teilnehmende die Wichtigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Die Frage ist breit formuliert. Dennoch ist die Förderung erneuerbarer Energien für die überwiegende Mehrheit von über 90% der Teilnehmenden ein wichtiges bis sehr wichtiges Anliegen. Das bestärkt uns, weiterhin klar Partei für die Energiewende zu ergreifen.

2.3 FÖRDERUNG VON SOLARENERGIE

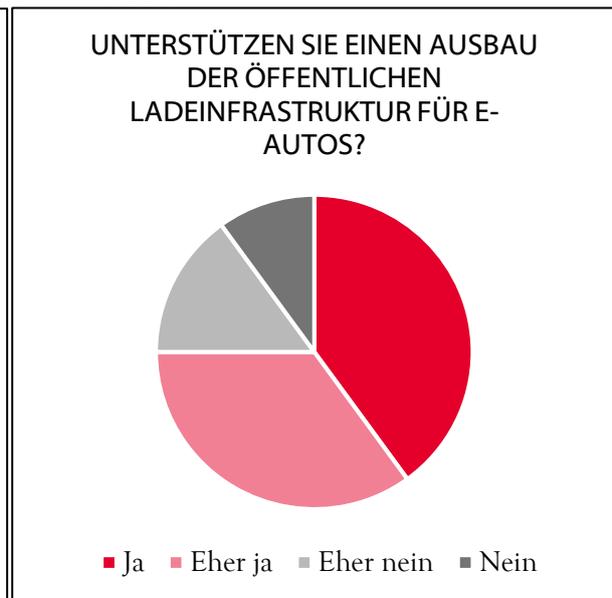
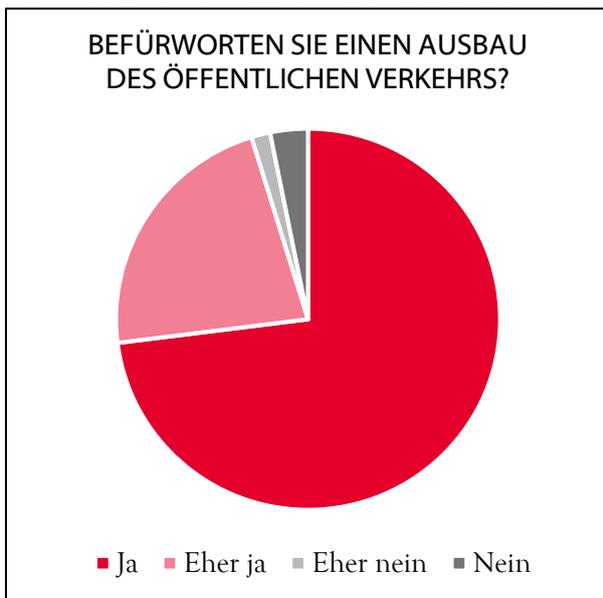




Die beiden Fragen des nächsten Abschnitts beziehen sich auf Solarenergie. Die Förderung der Solarenergie in der jeweiligen Gemeinde wird von zwei Dritteln der Teilnehmenden als ungenügend oder eher ungenügend bewertet. 15% der Teilnehmenden sind der Meinung, dass ihre Gemeinde Solarenergie genügend fördert. Die zweite Frage (nur online verfügbar) bezieht sich auf Haltung zu höherer finanzieller Unterstützung für Solarzellen auf privaten Dächern. Die Zustimmung ist sehr gross: Etwa 86% der Teilnehmenden befürwortet höhere

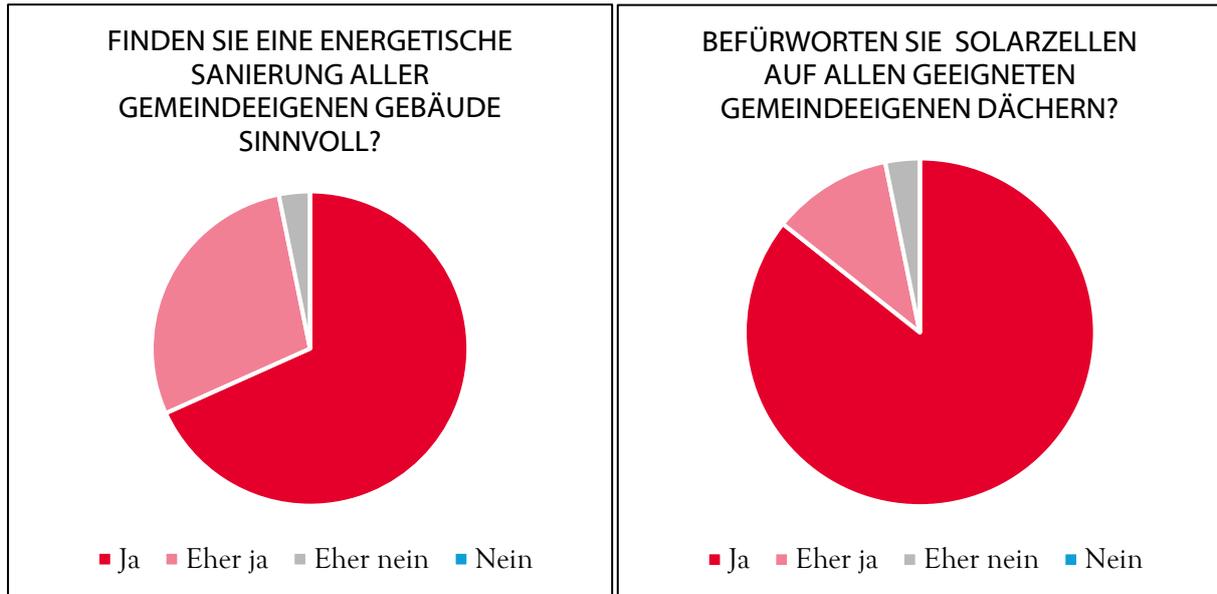
Subventionen entweder klar oder eher.

2.4 AUSBAU VON KLIMAFREUNDLICHEN TRANSPORTMITTELN



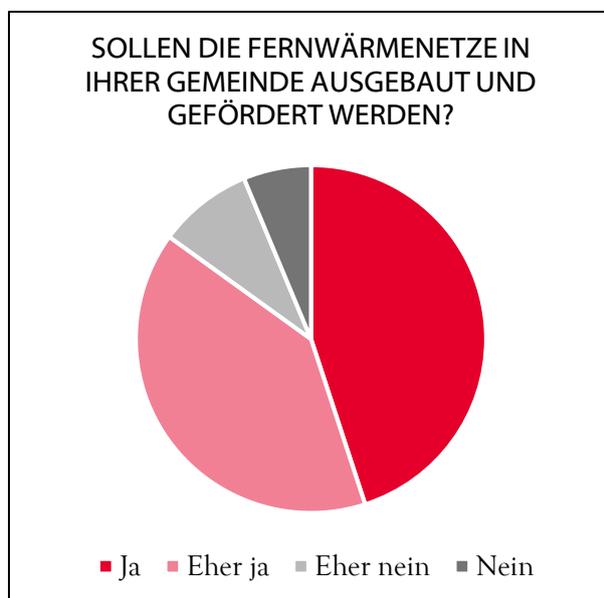
Nun geht es um klimafreundliche Transportmittel und deren Förderung. Nur in der Online-Version verfügbar war eine Frage zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Unterstützung für diese Forderung ist gross: 73% der Teilnehmenden befürworteten einen Ausbau klar. Beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Autos fällt die Zustimmung weniger deutlich aus. Obwohl 75% der Teilnehmenden einen Ausbau grundsätzlich unterstützen, sind nur 40% klar dieser Meinung.

2.5 VORBILDFUNKTION DER GEMEINDE

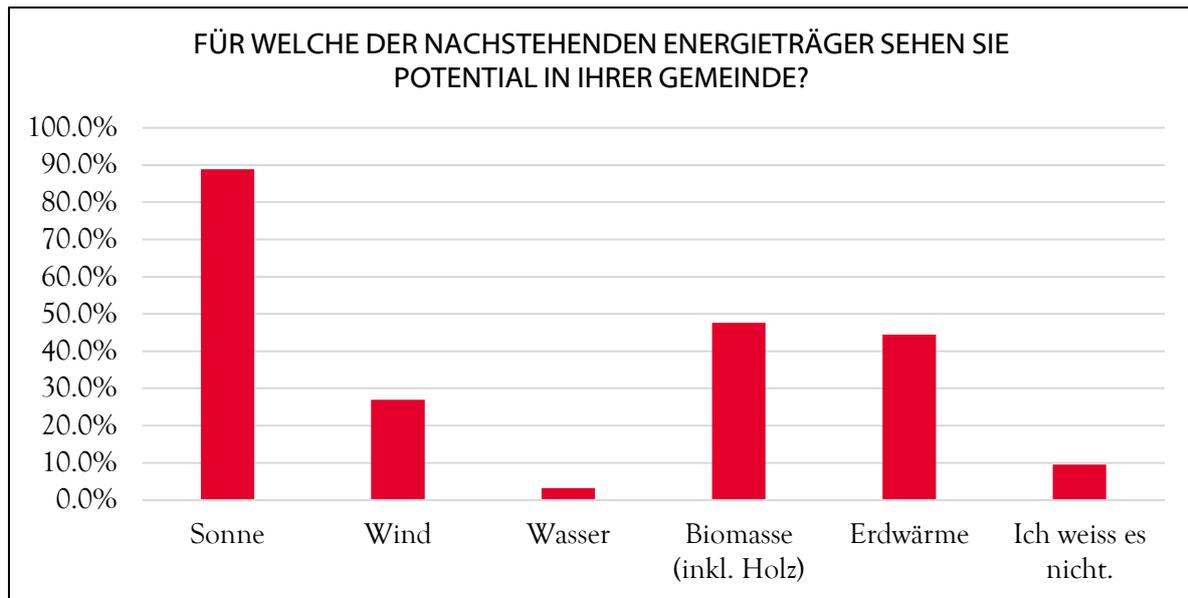


Die Vorbildfunktion der Gemeinde ist Thema des nächsten Abschnitts der Online-Version. Zuerst geht es um die energetische Sanierung aller gemeindeeigener Gebäude. Diesen Schritt finden 68% der Teilnehmenden klar sinnvoll, weitere 29% stimmen eher zu. Die Zustimmung zur Ausstattung der gemeindeeigenen Gebäude mit Solarzellen ist noch deutlicher: 86% der Teilnehmenden stimmen klar zu, 11% stimmen eher zu. Laut den Teilnehmenden muss die Gemeinde ihre Vorbildfunktion wahrnehmen.

2.6 ZUKUNFT DER ENERGIEPOLITIK



Die letzten drei Fragen befassen sich mit der Zukunft der Energieversorgung. Die Teilnehmenden beider Versionen wurden nach ihrer Unterstützung für den Ausbau und die Förderung von Fernwärmenetze gefragt. Auch hier gibt es hohe Zustimmung: 85% der Teilnehmenden geben klare Unterstützung an, davon sagen 40% eher ja.



Die nächste Frage bezieht sich auf das Potential verschiedener erneuerbarer Energieträger. Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden sieht Potential bei der Sonne (89%), danach folgen Biomasse (48%), Erdwärme (44%) und Wind (27%). Wenige Teilnehmende sehen Potential bei der Wasserkraft (3%). 10% der Teilnehmenden haben sich für die Option «Ich weiss es nicht.» entschieden. Die Bevölkerung sieht also grundsätzlich Potential bei verschiedenen Energieträgern, wobei die Solarenergie die Liste anführt.

2.7 OFFENE FRAGE ZUR ZUKUNFT DER ENERGIEVERSORGUNG

Die offene Frage zur Zukunft der Energieversorgung bildet den Abschluss der Umfrage. Es haben 29 Teilnehmende ihre Wünsche notiert. Obwohl sich die Antworten in Länge und Inhalt unterscheiden, stechen drei Anliegen heraus:

- Einerseits wurde die Förderung gemeinschaftlicher Nutzung von Energieträgern häufig genannt. Dazu zählen beispielsweise Fernwärmenetze oder Genossenschaften zur gemeinsamen Nutzung von Energiequellen. Die Teilnehmenden äussern vor allem das Bedürfnis nach mehr Unterstützung beim Aufbau dieser Projekte.
- Andererseits wurde der Bedarf nach höherer finanzieller Unterstützung bei klimafreundlichen Umbauten am eigenen Haus betont. Dabei geht es unter anderem um Solarzellen und klimafreundliche Wärmeversorgung.
- Das dritte Anliegen bezieht sich auf eine fairere Einspeisevergütung. Wer selbst Strom mit erneuerbaren Energiequellen gewinnt und dann ins Netz einspeist, soll dafür besser vergütet werden.

Alle weiteren Anliegen werden von weniger als 10% der Teilnehmenden genannt und sind in dieser Darstellung nicht miteinbezogen.

3. SCHLUSSFOLGERUNG

Die Umfrageergebnisse zeigen eine klare Unterstützung der Bevölkerung für den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Solarenergie, sowie für klimafreundliche Massnahmen. Viele Teilnehmende sehen Verbesserungsbedarf bei der Förderung auf Gemeindeebene und sprechen sich für stärkere finanzielle Anreize aus. Die Gemeinde wird in ihrer Vorbildfunktion gefordert, etwa durch energetische Sanierungen und den Einsatz von Solarzellen auf öffentlichen Gebäuden. Ebenso wird der Ausbau von Fernwärmenetzen und klimafreundlichen Verkehrsmitteln mehrheitlich befürwortet. Die offenen Antworten heben den Wunsch nach gemeinschaftlicher Energienutzung, besserer Einspeisevergütung und Unterstützung für private Umbauten hervor.